

Beglaubigte Abschrift.

StS 475/49  
(2 - 6/50)

Verkündet am 3. April 1950  
gez. Bech, Regierungsobersekretär  
als Urkundsbeamter der Geschäfts-  
stelle.

I M N A M E N D E S R E C H T S !

Strafsache

- g e g e n
- 1.) den Radiotechniker Rudolf K a h n  
aus Vorsfelde, geboren am 14. Mai 1898  
in Glenthof,
  - 2.) den Heizer Heinrich S c h ä f e r  
aus Holzminden, geboren am 3. Oktober 1908  
daselbst,
  - 3.) den Arbeiter Otto K ä m p f e r  
aus Holzminden, geboren am 4. November 1905  
daselbst,
  - 4.) den Schäusteller Willi K r u m m a c k e r  
aus Holzminden, geboren am 20. August 1910  
in Grünenplan,
  - 5.) den Monteur Hermann R a t i n g  
aus Goslar, geboren am 4. Juli 1892 in  
Hameln,
  - 6.) den prakt. Arzt Dr. Ernst R o t t  
aus Holzminden, geboren am 18. Februar 1902  
in Mülheim/Ruhr,
  - 7.) den Reichsbahnsekretär Wilhelm K o l l e  
aus Bad Salzdetfurth, geboren am 8. März  
1890 in Seesen,
  - 8.) den Baumeister Hans-Joachim S c h i m -  
m e l p f e n n i g aus Beverungen, ge-  
boren am 10. Dezember 1902 in Berlin,

w e g e n Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

-----  
Auf die Revisionen der Angeklagten und der Staatsanwalt-  
schaft gegen das Urteil des Schwurgerichts in Hildesheim  
vom 30. Mai 1949 hat der II. Strafsenat des Obersten Ge-  
richtshofes für die Britische Zone in Köln in der Sit-  
zung vom 3. April 1950, an der teilgenommen haben:

Sonatspräsident Dr. Gross  
als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Werner,  
Hilfsrichter beim Obersten Gerichtshof Dr. Engels  
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübbers  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Regierungsobersekretär Bech  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Die Revisionen der Angeklagten Schäfer,  
Kämpfer, Willi Krummacker, Rating, Dr. Rott und  
Kolle werden auf deren Kosten verworfen.

Das angefochtene Urteil wird auf die Revi-  
sion der Staatsanwaltschaft hinsichtlich der  
Angeklagten Kahn, Schäfer, Kämpfer, Willi  
Krummacker, Rating, Dr. Rott, Kolle und  
Schimmelpfennig, hinsichtlich der Angeklagten  
Kahn und Schimmelpfennig auch auf deren Re-  
vision, mit den ihm zu Grunde liegenden Fest-  
stellungen aufgehoben und die Sache in diesem  
Umfang zur anderweitigen Verhandlung und Ent-  
scheidung, auch über die Kosten der erfolg-  
reichen Rechtsmittel, an das Schwurgericht  
zurückverwiesen.

#### G r ü n d e :

Die Angeklagten sind wegen Verbrechens gegen die  
Menschlichkeit in Tateinheit mit gefährlichen Körper-  
verletzungen, und zwar die Angeklagten Kahn und Schim-  
melpfennig als Beamte, zu Gefängnisstrafen verurteilt  
worden. Hiergegen haben die Angeklagten und die Staats-  
anwaltschaft Revision eingelegt.



I.

1). Der Angeklagte Kahn rügt, es seien für seine Beurteilung ein früher von ihm geschriebener Lebenslauf und ein anlässlich des Reichstagsbrandes von ihm verfaßter Aufsatz verwendet worden, die von der Staatsanwaltschaft auszugsweise überreicht und nicht zum Gegenstand der Verhandlung gemacht worden seien. Das angefochtene Urteil legt in den Strafzumessungsgründen dar, die in dem Lebenslauf enthaltene Schilderung, wonach er nach dem Reichstagsbrande ein "aus den Verwegensten der Verwegenen gebildetes Rollkommando" geführt habe, beweise, daß der Angeklagte Kahn nicht nur Anordnungen ausgeführt, sondern sich in eigener Verantwortung aktiv betätigt habe. Ausweislich des Sitzungsprotokolls sind Lebenslauf und Aufsatz in der Hauptverhandlung weder verlesen, noch dem Angeklagten vorgehalten worden. Die Feststellung des Schwurgerichts über den Inhalt des Lebenslaufs muß zwar - trotz des wörtlichen Zitates - nicht auf einer Verwertung der ihn enthaltenden Urkunde, sondern kann auf anderen Erkenntnisquellen, z.B. den eigenen Angaben des Angeklagten, beruhen. Die Behauptung der Verteidigung, die Feststellung des Schwurgerichts beruhe auf dem Lebenslauf selbst, kann indes richtig sein und muß daher der verfahrensrechtlichen Beurteilung zu Grunde gelegt werden. Trifft die Behauptung aber zu, so hat das Schwurgericht den Grundsatz der Mündlichkeit verletzt, indem es zur Urteilsgrundlage ein Beweismittel gemacht hat, über das die Prozeßbeteiligten nicht verhandeln konnten (§§ 249, 261 StPO.). Die vielleicht auf Grund des Lebenslaufs getroffene Feststellung ist für das Schwurgericht indes nicht zur Beurteilung der Schuld, sondern lediglich für die Strafzumessung von Bedeutung gewesen und kann daher nur das Strafmaß, nicht auch den Schuldspruch, zu Ungunsten des Angeklagten beeinflussen. Der somit möglicherweise auf einem Verfahrensfehler beruhende

Strafausspruch gegen den Angeklagten Kahn kann daher keinen Bestand haben.

2) Der Angeklagte Schimmelpfennig beanstandet in formeller Hinsicht, daß fast alle Zeugen vor der Vernehmung der Angeklagten vernommen worden seien. Ob die Vorschrift des § 244 StPO. zwingendes Recht oder nur eine Ordnungsvorschrift enthält, und ob das Urteil zu Ungunsten des Angeklagten durch ihre Verletzung beeinflußt sein könnte, darf unerörtert bleiben, weil das Vorbringen des Angeklagten durch das gemäß § 274 StPO. allein maßgebliche Sitzungsprotokoll tatsächlich widerlegt wird. Hiernach sind die Angeklagten vor Eintritt in die Beweisaufnahme und nach Vernehmung über ihre persönlichen Verhältnisse gefregt worden, ob sie etwas auf die Anschuldigung gemäß der vom Staatsanwalt vorgetragenen Anklage erwidern wollten; sie haben sich darauf zur Sache erklärt.

3) Der Angeklagte Kolle rügt eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung, weil das Gericht seinen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Hase betreffenden Anträgen nicht nachgegangen sei. Ausweislich des auch negativ beweiskräftigen Sitzungsprotokolls ist jedoch für den Angeklagten Kolle ein Beweisantrag nicht gestellt worden und demgemäß auch kein seine Verteidigung beschränkender Gerichtsbeschluß ergangen (§ 338 Ziff. 8 StPO.).

## II.

1) Die Beweismwürdigung des Schwurgerichts ist erfahrungsmäßig und rechtlich möglich. Das gilt auch hinsichtlich der Aussagen der Zeugen Schreckenbergr, Hase und Jacob. Eine Beweisregel dahin, daß die Bekundung eines Verletzten für sich allein keinerlei Beweiswert habe, besteht nicht und wäre mit dem Grundsatz freier Beweismwürdigung (§ 261 StPO.) unvereinbar. Nach diesem Grundsatz war das Schwurgericht insbesondere befugt,



einen Zeugen hinsichtlich eines gewissen Tatsachenbereichs für glaubwürdig und hinsichtlich eines anderen Bereiches für unglaubwürdig zu erachten.

Auch ist nicht ersichtlich, daß das Schwurgericht sich seiner Aufklärungspflicht (§ 245 Abs.1 StPO.) nicht bewußt gewesen wäre oder sie nach Umfang und Tragweite verkannt hätte. Die Angriffe gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen Hase, weil dieser das Eiserne Kreuz erster Klasse zu Unrecht getragen habe, hat das Gericht anhand der Personalakten geprüft. Wenn es auf Grund eines Stammlausauszuges die Überzeugung erlangte, daß die Nichtverleihung der Auszeichnung nicht zu erweisen sei, so lag in dieser Richtung kein Grund zu weiterer Aufklärung vor. Zu Ermittlungen dahin, ob der Zeuge das Eiserne Kreuz zweiter Klasse zu Unrecht getragen und nach dem Zusammenbruch 1945 gegen einen Arbeitskollegen eine falsche Anschuldigung erhoben habe, gaben die vom Schwurgericht getroffenen tatsächlichen Feststellungen keinen Anlaß.

Das von dem Schwurgericht auf somit einwandfreiem Wege gewonnene Tatbild ist für die rechtliche Beurteilung seitens des Revisionsgerichts bindend und kann durch den gemäß § 337 StPO. unbeachtlichen Angriff, es sei in Wirklichkeit unrichtig, nicht erschüttert werden.

2) Nach den Feststellungen des Schwurgerichts haben die angeklagten SA-Leute zu mehreren gemeinschaftlich im März 1933 politische Gegner mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern, Stahlruten und ähnlichen Schlagwerkzeugen vorsätzlich schwer mißhandelt. Hierin hat das Schwurgericht zutreffend gefährliche Körperverletzungen (§ 223a StGB.) erblickt.

Der Angeklagte Kahn hat sich persönlich zwar nur an der Körperverletzung des Landtagsabgeordneten Poth beteiligt. Er war aber als Sturmführer des aktiven SA-Sturmes Führer der eingesetzten SA-Leute. Etwa 40 von ihnen bildeten im Flur des Gebäudes der Oberweser-Volks-

zeitung in Holzminden, in welchem die Mißhandlungen fast ausnahmslos stattfanden, ein Spalier und waren mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern und ähnlichen Schlagwerkzeugen ausgerüstet; sie schlugen und traten auf die eingelieferten Opfer nach Art des Spießrutenlaufens wahllos ein. Andere SA-Leute nahmen während der Verhöre in Gegenwart des Angeklagten Kahn gleichartige Mißhandlungen vor. Der Angeklagte Kahn hat diese infolge seiner Anwesenheit und der Schmerzensschreie der Opfer gekannt, er hat sie geduldet und gebilligt. Er hat die gesamte, auf Mißhandlungen abgestellte Organisation übersehen, die ihm unterstellten SA-Leute hierzu eingesetzt und die Mißhandlungen als eigene Taten gewollt. Ohne Rechtsirrtum hat das Schwurgericht ihn daher nicht nur im Falle Poth, sondern auch in den Fällen Schreckenber, Eikenberg, Grobe, Jacob, Marquardt und Hase, in denen die Opfer in seiner Gegenwart mißhandelt worden sind, als Mittäter schuldig gesprochen.

Der Angeklagte Kollé hat den früheren Bezirksvorsitzenden des "Stahlhelm", Hase, der einer vier Jahre zurückliegenden und nunmehr wieder aufgegriffenen Veruntreuung bezichtigt wurde, zwar nicht selbst geschlagen; er hatte auch keine Kommandogewalt über die SA-Leute, welche die Mißhandlungen an Hase vornahmen. Er machte sich aber, indem er Hase den Mißhandlungen durch die SA-Leute aussetzte, die von der SA. in Holzminden politischen Gegnern gegenüber geübten Maßnahmen zu Nutze, um von ihm ein schriftliches Schuldeingeständnis zu erlangen. Er hat die von wiederholten schweren Mißhandlungen unterbrochene Vernehmung Hases selbst geführt und diese Mißhandlungen als eigene gewollt. Da der Mittäter nicht selbst ein Tatbestandsmerkmal zu verwirklichen braucht, es vielmehr genügt, wenn er die Ausführung durch geistige Mitwirkung fördert, hat das Schwurgericht auch den Angeklagten Kollé zutreffend als Täter beurteilt.

sön  
meh  
gen  
del  
der  
pfer  
war  
teil  
im U  
verw  
Das  
nur  
grün  
dies  
  
3)  
tete  
rech  
Grun  
Weiss  
und V  
halte  
Art.1  
zungs  
geset  
die A  
haben  
Körpe  
mit d  
Angek  
lich  
stand  
erfor  
schen  
ten Ko  
listis  
S.233



Die körperliche Unversehrtheit ist ein höchstpersönliches Rechtsgut. Fortsetzungszusammenhang zwischen mehreren Körperverletzungen kann daher nur insoweit angenommen werden, als dasselbe Opfer wiederholt mißhandelt worden ist (OGHSt.Bd.1 S.204). Die Verurteilung der Angeklagten Kahn, Schäfer, Kämpfer und Schimmelpfennig wegen mehrerer gefährlicher Körperverletzungen war daher geboten. Fehlerhaft ist das angefochtene Urteil in dieser Hinsicht nur insoweit, als es nicht auch im Urteilsspruch die Zahl der von diesen Angeklagten verwirklichten gefährlichen Körperverletzungen anführt. Das ist deshalb erforderlich, weil die Rechtskraft sich nur auf dem Urteilsspruch, nicht auch auf die Urteilsgründe erstreckt. Indessen sind die Angeklagten durch diese Unterlassung nicht beschwert.

3) Durch ihre grausamen, von schweren Schäden begleiteten Mißhandlungen haben die Angeklagten die Menschenrechte und die Menschenwürde ihrer Opfer in einer die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens berührenden Weise durch ein mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft zusammenhängendes Angriffsverhalten verletzt. Damit ist der objektive Tatbestand des Art.II 1 c KRG.10 erfüllt, das gemäß Ziff.7 des Besatzungsstatuts auch nach Inkrafttreten des Bundesgrundgesetzes weiter gilt (vgl.auch OGHSt.Bd.2 S.231). Daß die Angeklagten ihre Opfer vorsätzlich angegriffen haben, ergibt sich bereits aus dem Schuldspruch wegen Körperverletzung. Den Zusammenhang ihres Verhaltens mit der nationalsozialistischen Herrschaft können die Angeklagten nach den getroffenen Feststellungen unmöglich verkannt haben. Mehr ist für den inneren Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit nicht erforderlich. Insbesondere bedarf es keines politischen Tatmotivs. Es genügt, wie im Falle des Angeklagten Kolle, die bewußte Ausnutzung des nationalsozialistischen Terrorsystems für andere Zwecke (OGHSt.Bd.2 S.233 f.).

Daß ein Menschenwürde und Menschenrechte verletzendes, infolge der Gleichheit der Situation einheitliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit mehreren deutschrechtlichen Einzelstraftaten konkurrieren kann, ist in der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes anerkannt.

4) Die angenommene Beamteneigenschaft (§ 359 StGB.) der Angeklagten Kahn und Schimmelpfennig leitet das Schwurgericht daraus her, daß diese beiden Angeklagten zu Hilfspolizisten bestellt und in solcher Eigenschaft bei den zur Anklage gestellten Ereignissen als Untergebene des Hauptmanns Tronnier tätig gewesen seien. Hierbei läßt das angefochtene Urteil aber jede Feststellung darüber vermissen, ob die Bestellung zu Hilfspolizisten, wie zu ihrer Wirksamkeit erforderlich, durch einen gültigen öffentlichrechtlichen Akt des nach Reichs- oder braunschweigischem Landesrecht zuständigen Stelle erfolgt ist (RG.DJ.1937 S.1742; Urt.des OGH. vom 22.11.1949 StS 253/49 und vom 13.2.1950 StS 307/49). Es wird daher ermittelt werden müssen, von welcher Stelle die Angeklagten Kahn und Schimmelpfennig zu Hilfspolizisten bestellt worden sind, und worauf die Zuständigkeit dieser Stelle beruhte. Zur Verurteilung wegen Vergehens im Amte ist weiter erforderlich, daß die Angeklagten objektiv und subjektiv aus ihrer Beamteneigenschaft, und nicht etwa aus ihrer Eigenschaft als SA-Angehörige heraus gehandelt haben.

Da die bisher getroffenen Feststellungen die Verurteilung der Angeklagten Kahn und Schimmelpfennig wegen Amtsvergehens nicht tragen, muß die Sachbeschwerde dieser beiden Angeklagten Erfolg haben.

5) Die Revisionen der übrigen Angeklagten sind, da auch die Strafzumessungsgründe insoweit keinen Rechtsfehler erkennen lassen, unbegründet.

Die Aufnahme von Strafzumessungsgründen in die Urteilsgründe ist gemäß § 267 Abs.3 StPO. eine Sollvorschrift. Eine zwingende Verpflichtung, alles nieder-

zu  
und  
S.2  
kla  
wür  
Die  
gung  
den,  
Wie  
Unre  
tige  
Urte

von  
gerec  
den  
terbr  
Veror  
den m  
zu wü  
richt  
gela

1)  
Dr.Ro  
der H  
und v  
die ur  
pfenni  
den Re  
dem An  
besaß  
bannfü  
und Ro  
verlet



zulegen, was für die Strafzumessung erwogen worden ist und erwogen werden kann, wäre unerfüllbar (OGHSt.Bd.1 S.283). Das Schwurgericht hat, auch im Falle des Angeklagten Rating, jeweils den Täter und seine Tat gewürdigt und damit der gesetzlichen Vorschrift genügt. Die Strafen sind vom Schwurgericht unter Berücksichtigung der Individualitäten der Täter so ausgewählt worden, daß dabei ein Rechtsfehler nicht zutage tritt. Wie andere Gerichte andere Taten angeblich gleichen Unrechtsgehalts bestraft haben, ist für das gegenwärtige Revisionsverfahren unerheblich; das angefochtene Urteil besagt darüber nichts.

### III.

Die Revision der Staatsanwaltschaft ist in dem von dem Generalstaatsanwalt vertretenen Umfange gerechtfertigt. Das Schwurgericht war verpflichtet, den ihm durch die Anklageschrift zur Aburteilung unterbreiteten Lebensvorgang nach allen gemäß § 1 der Verordnung vom 23.Mai 1947 noch in Betracht zu ziehen den materiellrechtlichen Gesichtspunkten erschöpfend zu würdigen. Bei seiner Beurteilung hat das Schwurgericht indessen wesentliche Momente ausser Betracht gelassen.

1) Die Angeklagten Rating, Schimmelpfennig und Dr.Rott nahmen, ebenso wie der Angeklagte Kahn, in der Holzmindener SA. hervorragende Rangstellungen ein und verfügten über einen entsprechenden Einfluß auf die untergeordneten Dienstränge. Rating und Schimmelpfennig waren, wie Kahn, Sturmführer; Rating führte den Reservesturm der SA., während der aktive Sturm dem Angeklagten Kahn unterstand. Der Angeklagte Dr.Rott besaß den noch höheren Dienstrang eines Sanitäts-Sturmbannführers. Die Angeklagten Rating, Schimmelpfennig und Rott sind vom Schwurgericht nur wegen der Körperverletzungen verurteilt worden, die sie eigenhändig

vorgenommen haben. Sie waren aber nach den Urteilsfeststellungen ausserdem bei "Vernehmungen" anwesend, bei denen man die Mißhandlungen durch untergeordnete SA-Angehörige vornehmen ließ. Das trifft für Rating in den Fällen Eikenberg und Jacob, für Schimmelpfennig in dem Falle Schreckenbergr und für Dr.Rott in den Fällen Schreckenbergr, Eikenberg und Jacob zu. Es liegt bei dem sonstigen Verhalten dieser Angeklagten sehr nahe, daß sie auch diese Mißhandlungen als eigene gewollt und ihrer Billigung durch ihre Haltung zum mindesten stillschweigend, erkennbaren Ausdruck gegeben haben. Ihre unterstützende Anwesenheit bot - wie ihnen nicht entgangen sein kann - den zuschlagenden SA-Männern einen starken Rückhalt bei ihren Mißhandlungen und hat deren Täterwillen offenbar fortgesetzt gestärkt (RG.JW.1938 S.2193). Das gilt insbesondere für den Angeklagten Dr.Rott als Arzt. Auch in den genannten Fällen können die Angeklagten Rating, Schimmelpfennig und Dr.Rott daher Mittäter gewesen sein (vgl.zudem Art.II 20 KRG. 10 sowie OGHSt.Bd.1 S.56).

Weiterhin wird das Schwurgericht zu prüfen haben, ob der gleiche Gesichtspunkt für den Angeklagten Kolle im Falle Grobe zutrifft. Kolle war zwar nur für den Fall Hase zugezogen. Aber er hat auch der grausamen Mißhandlung des Sozialdemokraten Grobe ohne ein Zeichen der Mißbilligung beigewohnt. Kolle war Ortsgruppenvorsitzender des "Stahlhelm" und kann gerade als einflußreicher Aussenstehender durch die Billigung solchen Vorgehens gegen den gemeinsamen politischen Gegner den Tatwillen der Ausführenden bestärkt haben.

Aus Rechtsirrtum beruht es ferner, daß der Angeklagte Schäfer nicht auch im Falle Eikenberg verurteilt worden ist. Daß dieser Fall insoweit nicht zur Anklage stände, trifft nicht zu. Denn das zur Anklage gebrachte Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfaßt auch gegenüber dem Angeklagten Schäfer diesen Fall, und es bestand kein Hindernis, das Verbrechen

gege  
tat  
schr

2) acht  
für  
Maßn  
teil  
lung  
spro  
Ein M  
unmer  
es ga  
recht  
Mensch  
Freih  
fests  
sein.  
recht  
licher  
Erreic  
lässig  
S.128  
tische  
berech  
können  
Der La  
ordnun  
heit w  
sichtb  
nicht  
dargel  
stand  
3) Da  
Revisio  
erörter



gegen die Menschlichkeit in mehr tateinheitliche Straftaten deutschen Rechtes aufzulösen, als die Anklageschrift annahm.

2) Das Schwurgericht hat es für nicht widerlegt erachtet, daß die Angeklagten die erfolgten Festnahmen für nicht widerrechtlich, sondern für eine rechtmäßige Maßnahme der Staatsführung gehalten haben. Diese Beurteilung ist mit den getroffenen objektiven Feststellungen nicht vereinbar. Das Ziel der Aktion war ausgesprochenermassen die Sicherung der Macht der NSDAP.. Ein Mittel dazu war die Verbreitung von Schrecken durch unmenschliche Mißhandlung. Das lag so offen zutage, daß es gar nicht verkannt werden konnte. Daß es keine rechtmäßige Maßnahme der Staatsführung sein konnte, Menschen zwecks Vornahme solcher Mißhandlungen ihrer Freiheit zu berauben, kann nach den getroffenen Tatfeststellungen auch den Angeklagten nicht entgangen sein. Es kommt noch hinzu, daß auch eine an sich berechtigte Freiheitsentziehung dann zu einer widerrechtlichen Freiheitsberaubung werden kann, wenn das zur Erreichung des Sicherungs- und Überwachungszwecks Zulässige und Gebotene überschritten wird (RGSt.Bd.17 S.128 f; RG.JW.1925 S.973 Nr.24). Daß die systematischen schweren Mißhandlungen im Interesse eines berechtigten Haftzwecks erforderlich gewesen wäre, können selbst die Angeklagten nicht angenommen haben. Der Landtagsabgeordnete Poth ist anscheinend auf Anordnung des Angeklagten Kahn nur deshalb seiner Freiheit weiter beraubt worden, damit die Aussenwelt die sichtbaren Folgen der ihm zugefügten Mißhandlungen nicht sollte wahrnehmen können. Unter den vorstehend dargelegten Gesichtspunkten wird der innere Tatbestand der Freiheitsberaubung erneut zu erörtern sein.

3) Das Schwurgericht wird ferner die schon bei den Revisionen der Angeklagten Kahn und Schimmelpfennig erörterte Beamteneigenschaft hinsichtlich sämtlicher

Angeklagten - mit Ausnahme des Angeklagten Kolle - im Rahmen der unter II 4) für maßgebend erklärten Gesichtspunkte neu zu überprüfen haben.

4) Schließlich hat das Schwurgericht eine Prüfung nach der Richtung verabsäumt, ob die Angeklagten sich an Aussageerpressungen (§ 343 StGB.) beteiligt haben. Täter können insoweit alle die Angeklagten gewesen sein, die etwa Beamte waren. Als Gehilfen (§ 49 StGB.), etwa des Hauptmanns Tronnier, aber kommen sie auch dann in Betracht, wenn sie keine Beamten waren (RGSt.Bd.26 S.101 f.). Der Begriff der Untersuchung im Sinne des § 343 StGB. umfaßt nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes alle behördlichen Verfahren, welche die Ermittlung von Tatsachen mit dem Ziel einer Anwendung staatlicher Machtmittel zum Gegenstand haben (OGHSt.Bd.2 S.69; Urt.v.20.3.1950 StS 398/49). Daß die Opfer auch deshalb geschlagen worden sind, um sie zu Geständnissen und Aussagen zu nötigen, ist für die Fälle Eikenberg, Grobe, Jacob, Marquardt und Hase bereits im angefochtenen Urteil festgestellt, kommt aber auch für die übrigen Fälle in Betracht.

Die Entscheidung entspricht dem Antrage des Generalstaatsanwaltes.

gez. Dr.Groß

gez. Werner

gez. Dr.Engels.



Beglaubigt:

*Vogel*  
Kanzleivorsteher

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Obersten Gerichtshofes für die  
Britische Zone.